

# Kurze Zusammenfassung und Kritik des CDU-Wahl- bzw. „Regierungsprogramms 2005-2009“<sup>1</sup>

von  
Egbert Scheunemann

Stand: 19. August 2005

## 1. Maßnahmen gegen die Massenarbeitslosigkeit

Das erste Wort im CDU-Wahlprogramm zur Bundestagswahl am 18. September 2005 (machtarrogant gleich als „Regierungsprogramm“ titulierte) lautet „**Globalisierung**“<sup>2</sup>. Man kann sich also gleich vorstellen, was danach folgt. Obwohl Deutschland – worauf die CDU mit keinem Wort hinweist – Exportweltmeister seit langen Jahren ist und also zu den konkurrenzfähigsten Ökonomien der Weltwirtschaft gehört, setzt sich die Strategie der CDU gegen die Massenarbeitslosigkeit aus den sattsam bekannten neoliberalen, rein exportorientierten wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zusammen: „**Innovation**“, „**Weniger Vorschriften**“, „**Flexibler Arbeitsmarkt**“, „**Senkung von Lohnzusatzkosten**“ und von **Steuern** oder auch **Beendigung** der rotgrünen „**ideologischen Energiepolitik**“, also Reaktivierung und Ausbau der Kernenergie aufgrund ihres großen „Exportpotenzials“ sowie Reduzierung der „zum Teil exorbitanten Subventionierung“ von erneuerbaren Energien (S. 9-20).

Für die CDU sind also – im Umkehrschluss – Innovationsdefizite, Bürokratie, ein unflexibler Arbeitsmarkt, zu hohe Lohnnebenkosten und Steuern und zu hohe Energiekosten die Ursachen der Massenarbeitslosigkeit. Wie die deutsche Wirtschaft in ihren hochtechnologischen und hochgradig exportorientierten Kernbereichen Exportquoten von über 50 (Automobilindustrie, Chemie, Elektrotechnik etc.) und bis hin zu 70 und 80 Prozent erreicht (Maschinen- und Anlagenbau etc.) trotz vermeintlicher Innovationsdefizite, angeblich drangsalierender Bürokratie und vorgeblich zu hoher Löhne bzw. zu hoher Steuern – das bleibt freilich das Geheimnis der CDU. Obwohl die deutsche Wirtschaft seit Jahren von Exportrekord zu Exportrekord taumelt und allein im letzten Jahr einen nie da gewesenen Außenhandelsüberschuss von 155 Mrd. Euro realisiert hat, sollen die 5 Millionen Arbeitslosen AUSSCHLISSLICH durch eine weitere *angebotsorientierte* Erhöhung der so und so schon exzellenten internationalen Wettbewerbsfähigkeit der BRD-Ökonomie in Arbeit kommen – denn man sucht auch nur EINEN Hinweis darauf, dass es so etwas wie eine volkswirtschaftliche BINNENNACHFRAGE gibt und die Löhne oder Sozialeinkommen damit etwas zu tun haben könnten, im gesamten CDU-Programm vergeblich!<sup>3</sup>

In Sachen exportorientierter **Innovationsförderung** lesen wir das gesamte Repertoire an modischen Begriffsleerhülsen, das man seit Jahren aus dem Munde und der Feder zeitgeistkonformer, also neoliberal gleichgeschalteter Politiker, Wirtschaftswissenschaftler, Journalisten und anderer Lohnschreiber vernimmt: ökonomische Innovation erfordere „Spitzenforscher und Nobelpreisträger“, „Premiumprodukte... wagemutiger

---

<sup>1</sup> [www.regierungsprogramm.cdu.de/download/regierungsprogramm-05-09-cducsu.pdf](http://www.regierungsprogramm.cdu.de/download/regierungsprogramm-05-09-cducsu.pdf)

<sup>2</sup> Alle Hervorhebungen in Zitaten stammen auch im Folgenden von mir.

<sup>3</sup> Dieser Hinweis ist leider wortwörtlich zu nehmen: Hat man den Text des CDU-Wahlprogramms als pdf-Datei vorliegen (vgl. Fußnote 1), gebe man die Suchen-Befehle „Nachfrage“ oder etwa „Kaufkraft“ ein – man findet NICHTS!

Unternehmensgründer“, „Technologietransfer“ und „Clusterpolitik“ sowie eine „Exzellenzinitiative“ etc. pp. (S. 9-10).<sup>4</sup> Dass Innovations- und also internationale Wettbewerbsfähigkeit etwas mit der Verstärkung *staatlicher* Investitionen in Kindergärten, vorschulische Bildung, Schulen, Universitäten und ein Studium für möglichst alle, mit ausreichendem BAföG, öffentlichen Bücherhallen, Volkshochschulen und also einer möglichst umfassenden *BREITEN* Bildung zu tun haben könnten sowie mit *staatlichen* Investitionen in *öffentliche* Infrastruktur (Straßen, Wasserwege, Kanalisation, Kommunikation, effiziente Verwaltung und Gerichtsbarkeit etc.) – davon liest man an dieser Stelle genauso wenig wie von zwingend notwendigen *sozialen* und *staatlichen* Rahmenbedingungen einer offenen, innovationsfreundlichen Gesellschaft: soziale und politische Sicherheit und Zufriedenheit, sozialer Friede, individuelle Arbeitsmotivation durch gerechte Bezahlung, demokratische Mitbestimmung etc. Weit von diesen Erkenntnissen entfernt, sind diese staatlichen Politikbereiche bekanntermaßen bevorzugte Objekte finanzieller Streichungen – auch „eisernes Sparen“ genannt (S. 29) – und des Rückbaus überall dort, wo die große neoliberale Allparteienkoalition aus CDU/CSU/FDP/SPD/Grünen an der Macht ist – also in Deutschland nahezu überall. Man reibt sich dann nur noch die Augen, wenn man liest, dass die CDU im innovationspolitischen Kontext „die skandinavischen Länder“ (!) mit ihrem gegenüber Deutschland weit höheren Anteil an Forschungs- und Entwicklungsausgaben am BIP (ca. 4 gegen 2,5 Prozent) *lobend* erwähnt (S. 5)!

Der **Staat** erscheint der CDU ansonsten nur als **bürokratischer Moloch**, als „Dickicht von Vorschriften und Regelwerken“, als Verursacher von „Gängelung“ und „Bürokratiekosten“ (S. 10). Dem müsse mit „Deregulierung“ und „Aufgabenabbau“ begegnet werden – etwa durch die Abschaffung des „Verbandsklagerechts bei Planungsverfahren“ oder die Beschränkung von „bürokratischen EU-Regelungen, wie zum Beispiel die Chemikalienrichtlinie, die die Wirtschaft unnötig belasten, auf wirklich unumgängliche Regelungen“ (S. 11). Man ist fast gewillt zu fragen: Welches neue, in volkswirtschaftlich relevanten Größenordnungen *zusätzlich* Arbeit schaffende Haarshampoo kann denn aufgrund der EU-Chemikalienrichtlinie NICHT auf den Markt kommen?

Unter einer **Flexibilisierung des Arbeitsmarktes** versteht die Union dann vor allem „längere Arbeitszeiten“, die Erleichterung von Abweichungen „von einem Tarifvertrag“ und vor allem „einen flexiblen Kündigungsschutz... Für Neueinstellungen wird das Kündigungsschutzgesetz in Betrieben bis zu 20 Beschäftigten ausgesetzt“ (S. 12). Werden ALG-II-Empfänger eingestellt, kann der Lohn „bis zu 10 % unter Tarif liegen“ – und auch „befristete Beschäftigung“ soll weiter erleichtert werden (S. 13). Schließlich fordert die CDU die Durchsetzung eines „Kombi-Lohn-Modells“, also „eine ausgewogene Kombination aus Arbeitslohn und Sozialleistung“ für „einfache Arbeiten“, um Neueinstellungen anzureizen (ebd.).<sup>5</sup>

Unter der Überschrift „**Senkung der Lohnzusatzkosten** für mehr Arbeitsplätze“ findet man interessanterweise nur EINE konkrete Maßnahme: die Senkung des Beitragsatzes in der „Arbeitslosenversicherung... von 6,5 % auf 4,5 %“, gegenfinanziert durch eine Erhöhung der (bekanntermaßen besonders Empfänger kleiner Einkommen treffen-

<sup>4</sup> Solches zeitgeistiges Innovationsgeschwafel findet sich übrigens in den Parteiprogrammen sämtlicher relevanten Parteien. Ich werde das in nachfolgenden Arbeiten nachweisen.

<sup>5</sup> Kombi-Lohn-Modelle, die faktisch Gewinnsubventionierungen sind, finden sich auch in ansonsten links orientierten Programmen – etwa dem der Linkspartei-PDS. Auch darauf werde ich erst in einer nachfolgenden Arbeit eingehen.

den) Mehrwertsteuer „von 16 % auf 18 %“ (S. 14). That's it! Nothing more! Man fragt sich, warum CDU/CSU seit Jahren ein derartiges Tamtam um die vermeintlich zu hohen Lohnnebenkosten machen – um dann ausschließlich diese nahezu lächerlich dimensionierte Gegenmaßnahme zu projektieren!

Das Unions-Konzert der programmatischen Streichung von Arbeitnehmerrechten und –einkommen wird plötzlich unterbrochen durch, man könnte sagen: **pseudokapitalismuskritische Angebote zur Güte**. Unvermittelt werden „unangemessene Abfindungen des Managements“ und „kurzfristige Gewinnmaximierung“ gebrandmarkt, ja sogar eine „Gewinnbeteiligung“ der Arbeitnehmer oder auch die „Einzelveröffentlichungspflicht von Vorstandsgehältern“ sowie „eine begrenzte Zahl von Aufsichtsratsmandaten“ gefordert (S. 14-15).

Nach dieser Verschnaufpause geht es aber gleich weiter mit Sozialabbau, diesmal im Bereich der **Steuerpolitik**. Die „Pendlerpauschale“ soll auf „25 Cent bis max. 50 Entfernungskilometer“ reduziert und der „Abbau der Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen innerhalb von sechs Jahren“ realisiert werden (S. 17). Sehr konkret wissen CDU/CSU auch, dass sie den „Spitzensteuersatz auf 39 %“ (von derzeit 42 Prozent) und die „Körperschaftsteuer auf 22 %“ senken wollen.<sup>6</sup> Eine genaue Quantifizierung der Maßnahmen der Gegenfinanzierung (aufgrund der angespannten Haushaltslage bestehe für eine „Netto-Entlastung“ nämlich „kein Spielraum“) in Form einer Erhöhung der „Besteuerung von Beteiligungsveräußerungen von Kapitalgesellschaften“ oder auch der Einführung einer „Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte“ sucht man dann aber vergeblich (S. 16-17). Raten wir mal, durch welche Kürzungsmaßnahmen in welchen Bereichen Haushaltslöcher ausgeglichen werden, die durch diese Diskrepanz zwischen ganz eindeutig projektierten Steuersenkungen und ganz nebulös angekündigten Steuererhöhungen zukünftig allerhöchstwahrscheinlich aufbrechen werden...

Die Bekämpfung von „**Lohn- und Sozialdumping**“ ist der Union zwar auch eine Herzensangelegenheit – aber keinesfalls durch die „Ausweitung des Arbeitnehmerentsendegesetzes auf alle Branchen“ oder gar mittels Einführung „gesetzlicher Mindestlöhne“ (S. 18). Nein, die „Bekämpfung des Missbrauchs der Niederlassungsfreiheit“ (neudeutsch für: illegale Arbeitsmigration) müsse bekämpft werden durch „schnelle, wirksame und grenzüberschreitende Kontrollen“ (ebd.), also mit *polizeistaatlichen* Mitteln. Dem Abbau der Massenarbeitslosigkeit förderlich erachten CDU/CSU zudem eine Erhöhung der „Freiräume bei der Lehrlingsvergütung (neudeutsch für eine Senkung derselben; E.S.)...“, damit sich Ausbildung für die Betriebe wieder rechnet“ (S. 18).

Um es **zusammenzufassen**: Mit diesen politischen Maßnahmen will die Union also 5 Millionen Menschen wieder in Arbeit bringen: allgemeines Innovationsgeschwätz (z.B. „Exzellenzinitiative“ – konkret werden CDU/CSU nur, wenn es um den Ausbau der Kernenergie oder etwa um den Transrapid geht: S. 20); kaum konkretisierte antibürokratische Schritte (z.B. Abbau von „EU-Regelungen“ – unterstellt, dass diese überhaupt etwas mit der Massenarbeitslosigkeit zu tun haben); Abbau von Arbeitnehmerrechten (z.B. teilweise Abschaffung des Kündigungsschutzes – unterstellt, dass ein Unternehmer bei miserabler Auftragslage jemanden einstellt, NUR WEIL er ihn zukünftig wieder schneller feuern kann); eine marginale Senkung der Lohnnebenkosten (gegenfinanziert durch eine Kaufkraft mindernde Erhöhung der Mehrwertsteuer); eine Steuerreform, die *expressis verbis* keine „Netto-Entlastung“ bringen soll (am allerwe-

---

<sup>6</sup> Zwar soll auch der Eingangssteuersatz von 15 auf 12 % gesenkt werden. Drei Prozent Steuersatzsenkung bei einem Einkommensmillionär bedeuten pro Jahr aber 30000 Euro Steuerentlastung – im unteren Einkommensbereich aber nur wenige hundert Euro!

nigsten für das untere Einkommenssegment, in dem die Konsumquote bei 100 Prozent liegt, zusätzliches Einkommen also umgehend Konsum, Absatz, Produktion und Beschäftigung belebt) und schließlich Maßnahmen der Ordnungspolitik (verschärfte Verfolgung von illegalen Arbeitsmigranten).

Löhne, Sozial- und andere Staatsausgaben kommen bei der Union ausschließlich als zu reduzierende Kostenfaktoren der Wirtschaft vor. Dass sie auch Nachfragefaktoren sind, also (von Gewinneinkommen abgesehen) Absatz, Produktion und Beschäftigung **ERST MÖGLICH MACHEN**; dass die Gewinne als **POTENZIELLE** Nachfragefaktoren für Investitionsgüter seit langen Jahren sehr viel schneller steigen als die Investitionsmöglichkeiten; und dass Deutschland, wie gesagt, seit langen Jahren international höchst konkurrenzfähiger Exportweltmeister ist und hier Löhne, Sozialabgaben und Steuern also **IN DER SUMME** nicht zu hoch sein **KÖNNEN** – das alles interessiert die Unionsparteien recht wenig.

Die nachfrage theoretische Blindheit der Unionsparteien wird auch durch den Umstand kaum geheilt, dass sie beim Maßnahmenkatalog „**Aufbau Ost**“ gleich zu Anfang die Anwendung eines *nachfragepolitischen* Instruments par excellence zusagen: nämlich „für den Zeitraum 2006-2019... Solidarpaktmittel in Höhe von 156 Mrd. Euro“ in die neuen Bundesländer zu transferieren (S. 21). Pro Jahr sind das nämlich gerade mal 11 Mrd. – oder 0,45 Prozent des derzeitigen (!) jährlichen bundesdeutschen BIP.

## 2. Andere Politikbereiche

Im Folgenden sollen nur noch einige „Highlights“ aus den anderen Politikbereichen des Wahlprogramms von CDU und CSU genannt werden. Diese hochgradige Beschränkung der Darstellung auf Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik resultiert in zweierlei Hinsicht aus der Sache selbst: Zum Einen umfasst das Generalthema *Maßnahmen gegen die Massenarbeitslosigkeit* in der Tat *fast zwei Drittel* des gesamten Unions-Programmtextes. Und zum Zweiten muss man sich auch ganz unabhängig von der (vermeintlichen oder realen) Wirtschaftslastigkeit der Union vor Augen führen, dass viele, ja die meisten sozial-, umwelt- oder außenpolitischen Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, ganz massiv mit den wirtschaftlichen Problemen und speziell mit der Massenarbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern zu tun haben – internationales Sozial- und Ökodumping, Kriege um natürliche Ressourcen (Mineralöl etc.), Rückgriff auf vormoderne soziale Integrationsformen (Islamismus etc.) aufgrund der Reduktion der liberalen „Werte des Westens“ auf neoliberale Profitmaximierung und maximale Ausbeutung von Natur und Mensch und vor allem der Modernisierungsverlierer in der so genannten Dritten Welt etc.

In welchen Ausmaßen neoliberales Denken („Denken“) nicht direkt ökonomisch definierte Politikbereiche tangiert, zeigt sich etwa im Bereich der **Bildung**. Hier stellen CDU/CSU zunächst ganz richtig fest: „Wohlstand für alle setzt Bildung für alle voraus“, fordern „gleiche Bildungschancen für alle Kinder“ und sehen die immense Bedeutung guter Bildung und Ausbildung – natürlich speziell, wie könnte es bei konservativen Parteien anders sein, der „Eliten“ – für die „Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands“ (S. 24). Das hindert die CDU/CSU aber in keiner Weise, gleich darauf (im Kontext der finanziellen Sicherung der Renten) „kürzere Ausbildungszeiten“ oder, wie schon gesagt, „eisernes Sparen“ der öffentlichen Hände in allen Bereichen zu fordern (S. 28-29). Und dass die Einführung von Studiengebühren (eine Forderung, die sich interessanterweise im CDU-Wahlprogramm nicht *expressis verbis* findet, aber bekanntermaßen zum alltagspolitischen Forderungskatalog der Unionsparteien gehört) nicht gerade die Bildungschancen „aller Kinder“, also auch jener aus sozial- und einkommensschwachen Kreisen fördert, munkt man zumindest.

Umverteilung von unten nach oben prägt auch das Bild in der christsozialen **Gesundheitspolitik**. Hier fordern CDU/CSU, wie bekannt, eine euphemistisch „solidarische Gesundheitsprämie“ titulierte Kopfpauschale mit Sozialausgleich: „Für Versicherte mit niedrigem Einkommen greift automatisch ein (steuerfinanzierter; E.S.) Ausgleich. Niemand zahlt bei Einführung der solidarischen Gesundheitsprämie mehr als bisher.“ (S. 26) Dass aber das *obere* Drittel der (versicherungspflichtigen) Einkommensbezieher *weit weniger bezahlen* würde als heute – das verschweigen CDU und CSU damenhaft! Also auch in diesem Bereich erfolgt eine Schwächung der Binnennachfrage und damit von Absatz, Produktion und Beschäftigung aufgrund einer Einkommensumverteilung von sozialen Schichten mit niedriger (oder gar negativer) Sparquote hin zu solchen mit sehr hoher Sparquote (und analog niedriger Konsumquote).

Obwohl die Produktivität jährlich etwa drei bis fünf mal schneller steigt als der Anteil der Alten an unserer Gesellschaft, meint die Union die **Renten** sichern zu müssen durch „private Ergänzung“ (wie wenn jemand, der einen Teil seiner bisherigen *gesetzlichen* Rentenkassenbeiträge zukünftig in eine *private* Rentenkasse zahlt, IN DER SUMME weniger zahlen würde...), durch eine „Verlängerung der Lebensarbeitszeit“ und „Anhebung des Renteneintrittsalters“ (obwohl uns die Roboter und Produktionsautomaten mehr und mehr Arbeit *abnehmen*...) sowie, wie schon gesagt, mittels „kürzerer Ausbildungszeiten“ (S. 28) – weil im rohstoffarmen, fast ausschließlich von seinem Humankapital lebenden Deutschland ja nichts dringlicher ist...

Im Bereich der **öffentlichen Finanzen** und des **Schuldenabbaus** gilt für die Union, wie schon zitiert, „eisernes Sparen“ als das Mittel aller Mittel – das erfordere die „Generationengerechtigkeit“ (S. 29). Zudem müsse „von konsumtiven Ausgaben hin zu Investitionen“ mutig umgeschichtet werden (ebd.). Dass IMMER ein (junger oder alter) TEIL einer Generation IM HIER UND JETZT (ob das heute, morgen oder in 20 Jahren ist, ist vollkommen gleichgültig) an einen ANDEREN (jungen oder alten) Teil DERSELBEN Generation im HIER UND JETZT Schulden abzahlt und also Schulden IMMER und ohne jede Ausnahme INTRAgenerational und NIE INTERgenerational zurückgezahlt werden; dass also nachfolgende Generationen nicht nur „unsere“ Schulden erben, sondern ALS ERBEN VON GLÄUBIGERN auch die andere Seite der Verschuldung BEKOMMEN, nämlich die GeldVERMÖGEN (samt Zinsen) und auch alle materiellen Güter, die mit diesen Schulden bezahlt worden sind (öffentliche Infrastruktur, Privatvermögen etc.) – das verschweigen CDU und CSU ebenso generös wie die Antwort auf die Frage, warum die Produktion beispielsweise eines Computers, *definiert* als privates *Konsumgut* (und finanziert etwa aus einem Beamtengehalt, also aus *öffentlichen konsumtiven* Mitteln), weniger Arbeitsplätze schafft als die Produktion DESSELBEN Computers, *definiert* als *Investitionsgut* (etwa in der öffentlichen Verwaltung).

**Umweltschutz** bedeutet für die Union vor allem eine Rücknahme der „Verabsolutierung und Idealisierung einzelner Umweltbelange“, den Ausbau der „CO<sub>2</sub>-freien Kernenergie“ sowie die Stärkung von „Eigenverantwortung der Wirtschaft und der Bürger“ und des „Wettbewerbs“ (S. 30-31). Wie letzteres konkret aussehen soll erfährt man ebenso wenig wie auch nur Andeutungen von Details der von den Unionsparteien anvisierten „Klima-Allianz Deutschland“ oder des „Umweltpakts Deutschland“ (S. 31) – man lese nach!

Um so deutlicher werden CDU/CSU dafür im Bereich der **inneren Sicherheit**. Hier gelte grundsätzlich „Null Toleranz“ (S. 31). Das stimmt: „Wir werden ein gemeinsames Informations- und Analysezentrum sowie gemeinsame Anti-Terror-Dateien von Polizei und Nachrichtendiensten schaffen (was ein erster Schritt in Richtung einer *Geheimpolizei* wäre! E.S.), schärfere Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz vor dringend terrorverdächtigen Ausländern (!! E.S.) einführen, die Sympathiewerbung für kriminelle und ter-

roristische Vereinigungen unter Strafe stellen, effektive Kronzeugenregelungen ermöglichen, die Erhebung und Speicherung von Telekommunikations- und Verbindungsdaten verbessern (Pig brother is watching you! E.S.), eine Visa-Warndatei einführen, die Fachaufsicht für Visa-Erteilungen in die Zuständigkeit des Bundesinnenministeriums überführen und ausländische (!! E.S.) Straftäter konsequent abschieben... Wir werden das Höchstmaß der Jugendstrafe auf 15 Jahre erhöhen, die Möglichkeit der Sicherungsverwahrung bei Heranwachsenden ausweiten und im Jugendstrafrecht die nachträgliche Sicherungsverwahrung einführen.“ (S. 32) In der Tat: zero tolerance!

Mit der Toleranz sieht es in Sachen **Migration** bei der Union nicht viel besser aus. Denn obwohl Deutschland ein „weltoffenes Land“ sei, muss „Zuwanderung“ auf jene Ausländer begrenzt werden, die „Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Kultur“ erbringen (S. 34). Nobelpreisträger, Millionäre und Popstars dürfen also kommen und bleiben – ihre „Ehegatten“ aber nur, wenn sie „vor (!! E.S.) der Einreise nach Deutschland ausreichende Deutschkenntnisse“ erworben haben und nach „gelungener Integration“ eine „Einweihungsfeier“ an sich exekutieren lassen (ebd.).

Es wundert dann nicht, dass CDU/CSU sich im Kontext der **Europäischen Integration** gegen eine Vollmitgliedschaft der wohl zu kulturfremden Türkei aussprechen und auch ansonsten nur „beitrittsreife Länder“ aufnehmen wollen – Kroatien (!! ) etwa – , also jene Länder, die den „Beitrittskriterien“ des neoliberalen Geistes entspringenden „Stabilitätspakt“ entsprechen, der „strikt“ auslegen werden müsse (S. 36). Den aus Osteuropa abgeschobenen „deutschen Heimatvertriebenen“ müsse ein „Zentrum gegen Vertreibung“ gestiftet werden – und die „deutschen Volksgruppen in Osteuropa“ üben, so die Unionsparteien, dortselbst eine „wichtige Brückenfunktion“ aus (ebd.). Diese Aussage entbehrt in der Tat nicht einer gewissen Wahrheit: Der Grund der Vertreibung der osteuropäischen Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg war bekanntlich, dass sie in ihrer großen Mehrheit eine Brückenkopffunktion für die aggressive Ausbreitung des deutschen Faschismus nach Osteuropa erfüllt hatten.

Dass Deutschland im Kontext der **internationalen Beziehungen**, so CDU und CSU, seine „Sicherheit... nicht nur (!! E.S.) in entfernten Regionen und am ‚Hindukusch‘“ und also „in aller Welt“ (!! ) verteidigen müsse, sondern in Zukunft „Heimatschutz und Landesverteidigung... nicht länger vernachlässigen“ dürfe, erscheint dann nachgerade konsequent. An der Seite der USA müsse sich „europäische Identität und europäisches Selbstbewusstsein... im kraftvollen Engagement bei der Lösung von internationalen Konflikten und beim Kampf gegen internationalen Terrorismus (also in Kriegseinsätzen!! E.S.) ... bewähren“ (!! ) (S. 37). Man lese diese Aussage am besten zwei mal: Europäische IDENTITÄT habe sich IN KRIEGSEINSÄTZEN zu bewähren! Nun wissen wir endgültig, warum Angelika Merkel an der Seite der USA deutsche Truppen in den Irak schicken wollte: zur Stärkung europäischer Identität und europäischen Selbstbewusstseins!

Vollkommen konsequent fordern CDU/CSU schließlich eine „bessere Kohärenz unserer **Entwicklungs-, Außen-, Sicherheits- und Außenwirtschaftspolitik**“ (S. 38). Geholfen werden soll also nur, wenn deutsche Entwicklungshilfe deutschen Sicherheits- und Profitinteressen dient. Bei guter Führung, also „guter (sprich: neoliberaler; E.S.) Regierungsführung“ stellt die Union den Entwicklungsländern sogar eine „Erhöhung der deutschen öffentlichen Entwicklungshilfe... auf 0,7 %“ (gemeint ist wohl: des deutschen Sozialprodukts) in Aussicht (ebd.). Aber wir wissen ja, dass dies schon Helmut Kohl bei seinem Regierungsantritt vor dreiundzwanzig Jahren in Aussicht stellte.